

Große Mehrheit für „kleine Lösung“

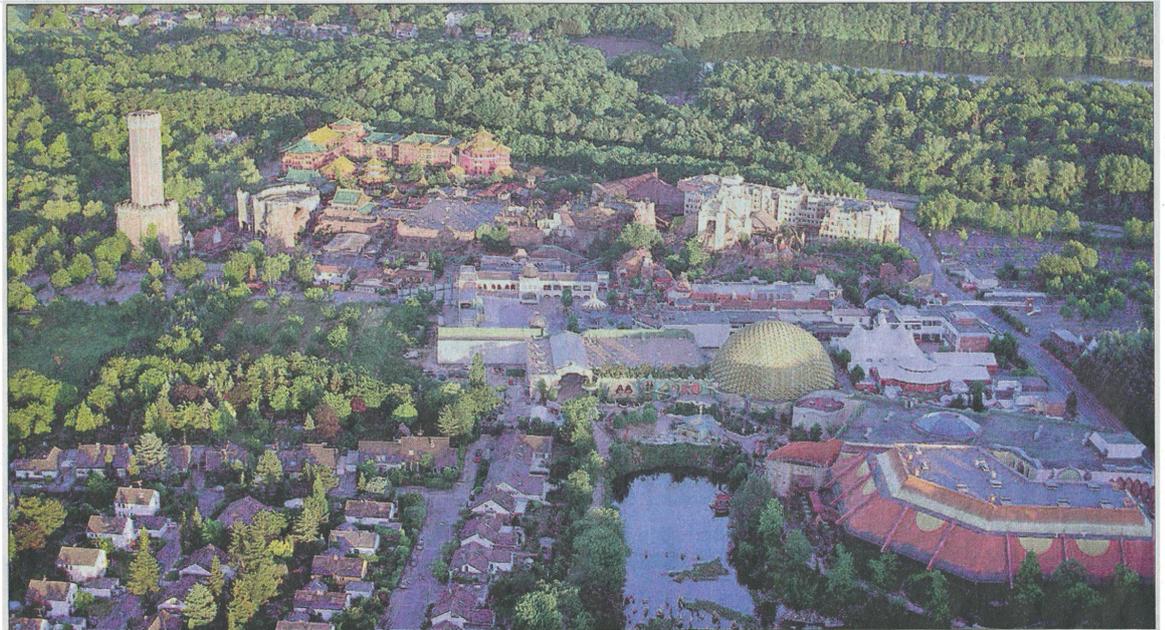
Regionalrat stimmt der abgespeckten Erweiterung des Phantasialands zu

Von WOLFGANG KIRFEL

BRÜHL. Der Regionalrat Köln hat am Freitag erwartungsgemäß mit großer Mehrheit der Änderung des Regionalplans für eine rund 19 Hektar große Erweiterung des Phantasialands zugestimmt. Nur Peter Singer (Linke) lehnt die Planänderung ab. Diese wird nun von der Bezirksregierung Köln der Landesplanungsbehörde angezeigt. Wenn innerhalb von drei Monaten keine Einwände erhoben werden, ist die Regionalplanänderung wirksam.

Der Regionalrat folgte damit dem Vorschlag der Bezirksregierung, der eine Erweiterung des Freizeitparks um etwa vier Hektar nach Osten und um rund 15 Hektar nach Westen vorsieht. Die rund zehn Hektar westlich der Landesstraße 194 wurden aus der Planung herausgenommen. Regierungspräsidentin Gisela Walsken zeigte sich zufrieden, dass die Regionalplanänderung nach einem „zehn Jahren dauernden Verfahren auf den Weg“ gebracht werden konnte. „Wir sind der Auffassung, dass ein Konsens im Wesentlichen erzielt und damit eine Vorgabe des Landesumweltministeriums erfüllt wurde“, betonte Walsken. So seien beispielsweise durch die Herausnahme der Flächen jenseits der L 194 weitere Erweiterungen ausgeschlossen. „Dass die Naturschutzverbände Probleme mit der vorgesehenen Inanspruchnahme des Naturschutzgebiets Ententeich haben, ist klar“, sagte die Regierungspräsidentin. Nicht in allen Punkten gebe es einen Konsens.

„Es ist gut, dass es ein Ergebnis gibt. Das Verfahren hat viel zu lange gedauert“, erklärte Stefan Götz (CDU). Das Phantasialand sei damit gesichert, und das sei wichtig für die Region. Hans-Joachim Bubacz (SPD) dankte vor allem Walsken: „Sie haben einen Kompromiss gesucht und gefunden.“ Grünen-Sprecher Rolf Beu betonte: „Der Kompromiss fordert Opfer von allen Seiten.“



Umgeben von Anwohnern und Waldflächen ist das Phantasialand. Das macht eine Erweiterung so schwierig. (Foto: Bongartz)

Ziel müsse eine dauerhafte Befriedung sein. „Wir stimmen unter der Erwartung zu, dass die noch vorhandenen Probleme gelöst werden“, unterstrich Beu. Dabei gehe es um den Ausgleich für die Eingriffe, die Bewertung der Waldflächen und um eine Festschreibung, dass es auch künftig keine Erweiterung jenseits der L 194 geben werde. „Die große Erweiterungslösung war nicht machbar. Bürger und Initiativen haben ihren Einfluss geltend gemacht“, sagte Rudolf Finke (FDP). „Ich lehne die Erweiterung ab und befinde mich mit dem Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz, dem Landesbüro der Naturschutzverbände NRW und dem Naturpark Rheinland in bester Gesellschaft“, erklärte Singer. Nur wegen des beharrlichen Drucks der Bürgerinitiativen seien die „allerschlimmsten Erweiterungspläne“ vom Tisch.

Das Landesamt (LANUV), die Naturschutzverbände und der Naturpark Rheinland hat-



Für die rund 15 Hektar am Ententeich und die vier Hektar im Osten wird der Regionalplan geändert.

ten die mit der Inanspruchnahme des Naturschutzgebiets Ententeich verbundenen Eingriffe als nicht vertretbar abgelehnt. Der Landesbetrieb Wald

und Holz NRW, das LANUV und das Landesbüro kritisieren zudem die Kompensation der Eingriffe. Das Landesbüro hat zudem Bedenken wegen der

steigenden Verkehrsbelastung. Die Bedenken wurden vom Regionalrat auf Anregung der Bezirksregierung aber nicht berücksichtigt.

Zustimmung, Erleichterung und Ablehnung

Die Reaktionen auf Entscheidung des Regionalrats Köln fallen sehr unterschiedlich aus

BRÜHL. Die Entscheidung des Regionalrats wurde vom Bürgerverein „Bovivo“ und dem Phantasialand begrüßt. Die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ kündigte dagegen Widerstand an.

Der „Bovivo“-Vorsitzende Michael Müller ist erleichtert, dass die Erweiterung jenseits der L 194 vom Tisch ist: „Das hätte sehr viel Lärm hervorge-

rufen.“ Die im Bereich des Ententeichs geplanten Wasser-, Sport- und Wellnessangebote, die Hotels, die Theater- und Konzerthalle und die Parkplätze seien akzeptabel. Bei der Realisierung müsse aber auf den Lärmschutz geachtet werden. „Auch mit der im Osten vorgesehenen Kindertagesstätte, dem Edutainmentbereich sowie der Spiel- und

Picknickzone können wir leben“, sagte Müller.

„Die Entscheidung sorgt für große Erleichterung“, erklärte Parkdirektor Ralf-Richard Kenter. Das Phantasialand habe mit so einem Verfahren keine Erfahrung gehabt. Bis dahin seien Kreis und Stadt die Ansprechpartner gewesen. „Wir haben uns beraten lassen und anfänglich auch Wege be-

sprochen, wo andere besser gewesen wären“, räumte Kenter Fehler ein. Er glaube aber, dass dieses Ergebnis nicht früher zu Erreichen gewesen wäre. Die weiteren Schritte wolle man in breitem Konsens mit allen Beteiligten gehen.

Bei Doris Linzmeier (50 000 Bäume) hielt sich die „Euphorie in Grenzen“: „Wir haben nach wie vor Bedenken, Staats-

wald zu verkaufen und ein Naturschutzgebiet für die Interessen eines Privatunternehmens zu opfern.“ Zumal das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz festgestellt habe, dass ein Ausgleich für das Naturschutzgebiet in einem räumlichen Zusammenhang nicht möglich sei. Deshalb werde man mit den Naturschutzver-

bänden eine Klage gegen einen entsprechenden Bebauungsplan prüfen. Linzmeier warf die Frage auf, ob Hotels und eine Konzerthalle neben dem Park entstehen müssten. Der SPD-Kreisvorsitzende Guido van den Berg sprach von einem „ausgewogenen Kompromiss“. Unternehmen und Naturschutzverbände hätten sich aufeinander zubewegt. (wki)

Kompromiss

WOLFGANG KIRFEL

zum Regionalratsbeschluss

Da haben die Mehrheit des Regionalrats Köln und das Phantasialand in letzter Minute doch noch die Kurve gekriegt. Lange Zeit haben CDU, SPD und FDP und der Freizeitpark stur an der großen Lösung – die Erweiterung um 30 Hektar in den Villedwald hinein – festgehalten und damit mit dafür gesorgt, dass das Verfahren unnötig in die Länge gezogen wurde. Daran konnten weder Bedenken von Behörden, Initiativen und Anwohnern noch die Aussagen von den beiden Umweltministern Eckhard Uhlenberg (CDU) und Johannes Rimmel (Grüne), dass kein Staatswald verkauft wird, etwas ändern. Erst als nach dem Wahlerfolg von Rot/Grün in NRW feststand, dass Rimmel noch einige Jahre jegliche Erweiterungspläne behindern kann, begann ein Umdenken. Plötzlich waren Mehrheitsfraktionen und Freizeitpark kompromissbereit.

Daran hat auch Regierungspräsidentin Gisela Walsken ihren Anteil. Sie hat in enger Abstimmung mit dem Umweltministerium nach einem Kompromiss gesucht, der diese Bezeichnung verdient, auch wenn nicht alle Beteiligten zufrieden sind.

Genau deshalb steht der Kompromiss auch noch auf wackeligen Beinen. Die Vorbehalte des Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz, der Naturschutzverbände und des Naturparks Rheinland wurden vom Tisch gewischt. Die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ will nicht hinnehmen, dass Staatswald verkauft und ein Naturschutzgebiet für die Interessen eines Privatunternehmens geopfert wird. Stoff für Auseinandersetzungen gibt es im weiteren Verfahren also noch genug. Kompromissbereitschaft von allen Beteiligten ist also weiter gefragt.